

Wendung zum Guten?

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.

Nachdem es schon fast so aussah, als ob die Rentenmark ebenso wie die Goldmark ein Dasein im Verborgenen führen und im Gegensatz zur Papiermark das Geld der reichen Leute werden würde, ist in den letzten Tagen eine immer mehr sich zeigende Besserung eingetreten. In Geschäften und Restaurants begegnet man immer häufiger der Rentenmark, und vielfach zeigt sich bereits Knappheit an Papiermark. Es sieht so aus, als wenn der Umstand, daß man keinen festen Umrechnungsfuß für die Papiermark festsetzte und damit trotz der Balancierung des Marktkurses den Papiermarkbesitzer mit der Gefahr einer neuen Geldentwertung belastete, den Rückstrom der Papiermark in die Kassen der Reichsbank stark gefördert und beschleunigt hat. Die Folge ist, daß vielfach, zumal die Rentenmark nicht mit der erwarteten Beschleunigung verausgabt wurde, überraschend schnell jener Grad von Geldknappheit eingetreten ist, den die Führer der Rentenbank als eine der wesentlichsten Vorbedingungen für einen Preisabbau und für normale Kalkulationsverhältnisse forderten. Eine weitere Folge ist, daß das Ansehen der Papiermark, die nicht nur keine weitere Vermehrung mehr erfahren konnte, sondern deren Umlaufbetrag sich sehr schnell verringerte, im In- und Auslande eine wesentliche Stütze erhielt und die ausländischen Marktkurse in den letzten Tagen seit langer Zeit zum ersten Male eine stetige und erhebliche Besserung aufzuweisen haben. Man darf jetzt wohl mit einem ziemlichen Grade von Berechtigung annehmen, daß der Wert der Papiermark danach kein künstlicher mehr ist und daß die Papiermark ebenfalls wertbeständig gemacht worden ist.

Der Umlauf eines von Tag zu Tag wachsenden, in seiner Höchstgrenze aber beschränkten Rentenmarkbetrages und eines ständig abnehmenden, so gut wie wertbeständigen Papiermarkbetrages ebnete dem Beginn eines allgemeinen Preisabbaus durch Fortfall der Entwertungszuschläge in der Kalkulation die Wege. Gleichzeitig stärkte sich angesichts der bestimmten und konsequenten Haltung der Rentenbank und der zweifellosen Geschäftlichkeit, mit der sie unter Ueberwindung bürokratischer und behördlicher Hemmungen bei Staat und Reichsbank die Rentenmark in einer Weise in den Verkehr brachte, welche die Wiederholung früherer Fehler ausschloß, das Vertrauen der Wirtschaft und der breiten Verbraucher-massen in das neue Zahlungsmittel und seine Wertbeständigkeit. Dieses Vertrauen festigte sich noch weiter unter dem immer bestimmteren Eindruck, daß trotz aller Kabinettskrisen und trotz aller Kompromißverhandlungen im Reichstag die Ueberzeugung von der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen zur wirtschaftlichen Gesundung, insbesondere zur Steigerung der Arbeitsleistung und Verbilligung der Produktion sich bei den leitenden Stellen endgültig durchgesetzt zu haben scheint und daß nunmehr mit der Ausgleichung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs, der Länder und der Gemeinden und mit einer Neuordnung des Steuerwesens Ernst gemacht wird.

Die Folge aller dieser Eindrücke und Erscheinungen war in den letzten Tagen eine Fülle von Preisermäßigungen und eine Belebung des Geschäfts in vielen Branchen, denen plötzlich Kalkulation auf gesicherter Grundlage und mit wettbewerbsfähigen Endziffern wieder möglich wurde. Der Preisabbau trat namentlich in der Lebensmittelbranche bereits recht erheblich in Erscheinung und tat das seine zur Beruhigung der verzweifelt erregten Volksstimmung. Auch die Tatsache, daß jetzt wieder die Möglichkeit, zu sparen und über größere Ausgaben auf längere Frist zu disponieren, bestand, wirkte nach dieser Richtung. Der Ausspruch eines bekannten Industrieführers: „Jetzt sind wir über den Berg hinweg“, charakterisiert wohl am besten die Stimmung, die sich immer stärker und in immer weiterer Volkskreise in den letzten Tagen durchsetzte. Es sieht wirklich so aus, als wenn wir in den nächsten Wochen etwas aufatmen können und langsam wieder besseren Zeiten entgegengehen, sofern nur die unbedingt notwendigen Einschränkungen von Sanierungsmaßnahmen weiter und schnell durchgeführt werden.

Nachdrücklich gewarnt werden aber muß vor einem übertriebenen Optimismus, der sich in den letzten Tagen bereits lebhaft geltend macht. Wir stehen erst am Anfang einer Gesundung, die uns unbedingt auch noch schwere Krisenerscheinungen bringen wird. Die Umstellung auf größere Arbeitsleistung und auf Verbilligung der Produktion durch Ausschaltung unproduktiver Löhne und Ausgaben wird zunächst eine ungeheure Arbeitslosigkeit herbeiführen müssen, und die ebenso notwendige Beschränkung des Handels und Zwischenhandels auf das wirtschaftlich notwendige Maß an Stelle der jetzigen, auf Geldentwertung basierenden Vermehrung des Zwischen- und Kleinhandels wird vielen wirtschaftlichen Existenzen das Leben kosten. Eine besonders wohlhabengewogene Sozial- und Wirtschaftspolitik, aber ebenso sehr die Vermeidung fauler Kompromisse wird nötig sein, um diese Krise und ihre Härten so kurz wie möglich zu gestalten. Dabei darf der Entbehrungsfaktor nicht außer acht gelassen werden, den ein verlorener Krieg und das fünfjährige Jähren vom Volksvermögen uns auferlegen und der die Wiederherstellung der Vorkriegslebenshaltung in vollem Umfange unmöglich macht. Die Entscheidung über die Gestaltung der nächsten Wochen und über den Verlauf des Gesundungsprozesses liegt deshalb neben der Preispolitik und der Währungspolitik sehr stark beim Verlauf und der Einstellung der Lohnverhandlungen und der dabei Beteiligten.

Die Regierungserklärung vor dem Reichstag.

Der Kanzler mahnt zur Einigkeit.

Am Dienstag nachmittag trat der Reichstag zusammen und die Erklärung der neuen Regierung entgegenzunehmen.

Um 8 Uhr 25 Min. eröffnet Reichstagspräsident Loh die Sitzung mit einem Schreiben des Reichskanzlers Marx, in dem dieser seine Ernennung und die der einzelnen Minister dem Reichstag bekanntgab. Die Ernennung des Abg. Emminger (Dayer. Volkspartei) zum Reichsjustizminister wird von den Kommunisten mit lautmendenden Zwischenrufen begleitet. Der Präsident bittet dann das Haus, die Beratung des Ermächtigungsgesetzes von der heutigen Tagesordnung abzusehen, da der Entwurf erst vor der Sitzung in Haupte vertellt worden sei. Es erhält das Wort zu einer Erklärung.

Reichskanzler Marx:

Der Präsident hat bereits die Liste meines Kabinetts mitgeteilt. Mit besonderem Danke habe ich empfunden, daß mein Amtsvorgänger Dr. Stresemann das Portefeuille des Auswärtigen übernommen hat. Dadurch ist die Stetigkeit der äußeren Politik gewährleistet. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei und im Zentrum.) Zu meinen größten Bedauern und zum großen Schaden des deutschen Volkes und Reiches hat die durch den Reichstag hervorgerufene Krise länger gedauert, als man annehmen konnte. Ich will nicht untergehen, wer die Schuld an der Krise hat. Angesichts der ungeheuren Notlage des Reiches und des Volkes halte ich es für durchaus notwendig, alles Hintanzustellen, was nicht dem Volke dient.

Mein Kampf geht nicht gegen Rechts und Links, mein Kampf geht aber gegen alle, die dem Deutschen Reich das rauben wollen, was ihm zu seiner Existenz not tut. Ich halte es für das zwingende Gebot der Stunde, die bestehenden Gegensätze auszugleichen.

(Lärm bei den Kommunisten.) Der Kanzler, nach ihm gewendet: Es wäre gut, wenn Sie sich dem anschließen. (Beifall in der Mitte.) Unser Volk und Vaterland aus dem tiefen Abgrunde, in den es durch den unglücklichen Ausgang des Krieges gestürzt ist, herauszuholen, wird die vornehmste Aufgabe meines Kabinetts sein. Das deutsche Volk muß wissen, daß es mit seinen wirtschaftlichen und finanziellen Kräften zu Ende ist. — Der Reichskanzler betont weiter, daß die neue Regierung sich grundsätzlich nicht vor der vorigen unterscheidet, und erklärt weiter: Wir können einen Weg zur Besserung nur über

das Ermächtigungsgesetz

beschreiten. Wir befinden uns in einer Zwangslage. Es muß mit äußerster Schnelligkeit gehandelt werden um jene Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Es sind nur noch Tage, in denen es sich entscheiden muß, ob es gelingt, das Volk vom Untergang zu retten. Das Ermächtigungsgesetz, das von Reichsrat angenommen ist, wird zuerst steuerliche Maßnahmen umfassen. Aber auch andere Maßnahmen sollen getroffen werden, um die Notlage des Volkes zu beheben. Der Reichstag obliegt bei dem Ermächtigungsgesetz wichtige Rechte auf. Die Regierung appelliert an alle, ihr trotz dem die außerordentlichen Vollmachten zu geben.

Die Beziehungen zwischen Reich und Ländern

sind vielfach getrübt. Notwendig ist es, die allgemeine Lage zu klären. Die Regierung ist dafür, den Ländern weitere Befugnisse zuzugestehen. In nächster Verbindung damit steht die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Die Umsturzwünsche, die wir erlebt haben müssen verhindert werden, denn sie schädigen unsere Lebensmittellieferung und unsere Kreditabnahme. Des halb ist die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung außerordentlich dringend und die Konzentrierung aller Kräfte auf die Lösung der dringendsten Probleme eine zwingende Notwendigkeit. (Lärm bei den Kommunisten.) Gegen die verbrecherischen Ausschreitungen gegen die Arbeiter und Arbeiterinnen wird rücksichtslos vorgegangen werden. Selbstverständlich ist der Ausnahmezustand nur eine Ausnahme. Er wird abgebaut werden, sobald es sich ermöglichen läßt. In voller Einvernehmen mit den Vertretern der Länder erklärt die Reichsregierung, daß die

Abtrennung von Gebietsteilen niemals anerkannt

werden wird. Die deutsche Bevölkerung des besetzten Gebietes, die mit so unerlöschlicher Treue trotz aller Leiden am Vaterlande festgehalten hat, soll wissen, daß wir sie nicht verlassen werden. An die Volkvertreter richte ich die Bitte, sich allein von dem Gedanken leiten zu lassen, alles Trennende zurückzustellen, denn die Not der Stunde erfordert gemeinsame Arbeit. Meine Regierung glaubt, sie mit diesen kurzen Bemerkungen bewenden zu können. Auf Antrag des Reichspräsidenten Loh wird die Sitzung abgebrochen und auf Mittwoch nachmittags 2 Uhr vertagt.

Das Ermächtigungsgesetz vom Reichsrat angenommen.

Die Fraktionsführer beim Kanzler. — Ermächtigung oder Auflösung?

Nach einer Rede des Reichskanzlers hat der Reichsrat am Dienstag gegen 2 Uhr nachmittags das Ermächtigungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Die Abstimmung ergab 45 gegen 9 Stimmen. Der Gesetzentwurf fand eine kleine Änderung insofern, als nicht allein der Reichstag die Aufhebung des Gesetzes fordern könne, sondern auch der Reichsrat. Der Vertreter Bayerns behielt sich seine Entscheidung vor, weil er verlangte, daß die Reichsratsausschüsse vor Entschlüssen der Regierung gehört werden müssen. Der Reichsrat selber erklärte sich mit dem Ermächtigungsgesetz nur einverstanden, wenn die Reichsregierung den Artikel 67 penälich beachten würde. Nach diesem Artikel muß vor allen wichtigen Entscheidungen die Genehmigung des Reichsrates eingeholt werden.

Im Reichstag

Ist die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz und über die Auflösungsfrage nicht vor Mittwoch zu erwarten. Unmittelbar nach der Kanzlerrede im Plenum

wurden sämtliche Parteiführer mit Ausnahme der Kommunisten zu einer gemeinsamen Besprechung beim Reichskanzler geladen. Die Regierung steht augenblicklich auf dem Standpunkt: Entweder Ermächtigung oder Auflösung! Es wird Sache der Parteiführer sein, einen Ausweg zu finden, wenn sie angesichts der ziemlich sicheren Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die Auflösung vermeiden wollen.

Der Kanzler an die Länder.

Vertrauen zwischen Reich und Ländern!

Ueber die Sitzung, in der der Reichsrat das Ermächtigungsgesetz annahm, sei das folgende wiedergegeben: Die Verhandlungen leitete der neue Reichskanzler selber. Er führte einleitend aus, daß er es sich nicht verjagen wolle, gleich in der ersten Sitzung des Reichsrats seine Gedanken über das Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Ländern kurz darzulegen.

„Ich kann Ihnen versichern,“ so führte der Kanzler aus, „daß es mein ernstes Bestreben sein wird, mit den Vertretern der Länder in wärmsten Beziehungen zu stehen und zu bleiben. Ich lege Wert darauf, daß die Beziehungen zwischen Reich und Ländern, wie sie auch die nicht ganz ausgebildete Reichsverfassung mit sich bringt, durch gegenseitiges Vertrauen und durch gegenseitige Verständigung erlebter werden müssen. In diesem Sinne werden meine Bestrebungen stets von dem Gedanken getragen sein, daß zwischen Reich und Ländern ein warmes Vertrauensverhältnis bestehen soll. Wie lange meine Kanzlerschaft dauern wird, vermag ja niemand vorher zu sagen, aber solange ich an dieser Stelle stehe, soll es mein Bestreben sein, alles aus dem Wege zu räumen, das gegegen sein würde, das Verhältnis zwischen Reich und Ländern zu trüben. Ich möchte aber auch dringend bitten, daß die Herren, denen ich auch in jeder Beziehung nahe treten möchte, auch mir gegenüber ihre Vertrauen dadurch an den Tag legen, daß sie, wenn sie Wünsche haben, diese unter allen Umständen und ohne alle Umhüllnisse zur Sprache bringen. Ich werde Ihnen, soweit es meine schwachen Kräfte vermögen, jederzeit zur Verfügung stehen. Mein erstes Ziel soll sein, den Bestand von Reich und Ländern in ihrem Wohlergehen zu sichern und jede Frage von Mann zu Mann zu besprechen. Das ist mein Wunsch, und ich bitte um Ihre auf reiche Erfahrung stützende Mitarbeit.“

Der Vertreter Preußens Reiffmann dankte namens des Reichsrats dem Kanzler für seine Ausführungen und sagte ihm Dank auch dafür, daß er in höchster Not des Vaterlandes die schwere Bürde des Reichskanzleramts übernommen habe. Schon oft ist es hier zum Ausdruck gekommen, so fuhr der Redner fort, daß eine Regierung, die wirklich etwas erreichen will, dieses nur dann erreichen kann, wenn sie in voller Zusammenarbeit mit den Ländern ihre Pläne ausarbeitet und ausführt.

Krisenstimmung in München.

Seit Montag haben in München mehrere Ministerratsitzungen über die im Kabinett ausgedrohten Unstimmigkeiten stattgefunden. Gerüchte von einem Rücktritt des Ministerpräsidenten werden als unzutreffend bezeichnet mit dem Beifügen, die Bayerische Volkspartei halte in der jetzigen Zeit einen Wechsel in der Ministerpräsidentenschaft für durchaus unangebracht und bringe Herrn von Knilling nach wie vor das vollste Vertrauen entgegen. Dagegen besteht die Möglichkeit, daß es zum Ausscheiden des Ministers des Innern und des Landwirtschaftsministers aus der Regierung kommt.

Vor dem bayerischen Ermächtigungsgesetz.

Die bayerische Staatsregierung hat in einer Bekanntmachung gewisse vorbereitende Maßnahmen zur Einleitung einer großzügigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung stellt eine Reihe von Grundzügen auf, nach denen künftig verfahren werden soll. Es können für Neu- oder Umbauten bis auf weiteres grundsätzlich Mittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch Wasser- und Straßenbauten seien bis auf weiteres, soweit als tunlich, zurückzustellen. Kulturbaumaßnahmen seien grundsätzlich nur noch dann in Angriff zu nehmen, wenn die Kosten zum größten Teil von den Beteiligten selbst ohne Inanspruchnahme des Staates aufgebracht würden. Darüber hinaus soll durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung weitgehende Befugnisse für die Wiederherstellung des Staatshaushaltes gefordert werden.

Hilfer und Ludendorff vor dem Volksgericht.

Der Prozeß gegen Hilfer, Ludendorff und die übrigen Teilnehmer am Münchener Novemberputsch dürfte nach Meldungen aus München, in diesem Jahr nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst Januar nächsten Jahres, und zwar vor dem Volksgericht in München.

Schärfste Gewalttätigkeiten beim englischen Wahlkampf.

Der Höhepunkt der Erregung. — Fußstöße gegen die Kandidatin.

In den letzten Tagen des englischen Wahlkampfes wird von sämtlichen Parteien noch eine letzte Kraftanstrengung unternommen; vermutlich werden in den 5656 Bezirken nicht weniger als noch 50 000 politische Versamm-

ungen...
Zu ei...
80 000 fr...
kommen...
Wählun...
darüber...
ten da...
das im...
Ergelut...
warfen...
zu haben...
anderen...
dann zu...
Summe...

Ausei...
Wie...
stehen...
tische...
Für die...
rufen, de...
welche...
reform...
der Repu...
lungnah...
hat gen...
meidet...
jüdisch...
Heron...
Willema...
rückt zu...
allen W...
Wählun...
ander...
die Wen...
Nah wic...

Den...
Reichsmi...
Wirt...
in Lau...
Stamm...
Er war...
der W...
Anblid...
Braufel...
regung...
daß St...
müssen...
entsche...
ich für...
niederse...
Dr...
Spruch...
mer für...
bei sei...
neugier...
hat sich...
bedürft...
natürl...
Vrotel...
hätte W...
einmal...
Ardent...
Niel ein...
haupt...
einer...
der W...
Bindep...
Vertra...
— und...
unseren...
Gen...
wachen...
W...
Klein...
Hilte...
Ma...
Neben...
Sommer...

